



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Hopf, W.: Der diplomatische Ursprung des Krieges 1870/71

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

flüssigen, erblindeten, abgestorbenen See von Erdöl plötzlich in wilden, zügellosen Flammen auslodern zu sehen, Flammen des Hasses! . . . Wenn der eine Punkt in Richards Herzen verletzt würde, dieser einzige Punkt, der weich und verwundbar geblieben ist . . . O! O, ihr meint etwa, Richard sei ein Bösewicht, ein verhärtetes Gemüt, eine versteinerte Seele, die den Himmelstau der Liebe verschmäh, die dem sterbensfüßen Nachtigallensang der Sehnsucht kein Ohr verleih, und die nicht schmerzlich nach den Rosenfingern der Zärtlichkeit verlangt? Ah, ihr wißt nicht, daß Richards Härte nur als hührene Schale sein empfindsames Herz umhüllte, daß dieses Herz nach Liebe schrie in Qualen, gegen die der ersten Menschen erstes Stöhnen ein bloßes Hirtenlied war? Ihr wißt es nicht, ihr blinden, rohen, stumpfen Bauern, und du, aufgeblasener, hohler Gaston, du verschlagener Marcellin, du törichter Rouquié, ihr Täler, Hügel, Weinbergshohlwege, in deren Einsamkeit Richard sein Haupt wie in einem mütterlichen Schoß vergrub, sich hinwarf, wälzte, die Haare raufte und immer nur den einen Namen rief: Jeanne, Jeanne, Jeanne! (Fortsetzung folgt.)



Der diplomatische Ursprung des Krieges von 1870/71

Von Dr. W. Hopf-Kostock



Unter diesem Titel läßt das französische Ministerium des Äußeren vierzig Jahre nach dem gewaltigen Ringen zwischen den beiden Nachbarvölkern eine Sammlung von diplomatischen Aktenstücken erscheinen, die bei der Fülle von wichtigem Material, das sie für die bedeutungsvollen sechziger Jahre bringen wird, schon jetzt als außerordentlich wertvoll bezeichnet werden muß. Denn bisher besitzen wir für die Vorgeschichte des Krieges außer den in Megidis Staatsarchiv veröffentlichten Aktenstücken und außer der Darstellung Sybels, den Bismarck doch auch nur eine Auswahl von Akten hatte einsehen lassen, im wesentlichen nur Aufzeichnungen u. dgl. von Beteiligten, die natürlich weder lückenlos noch unbefangen sein können und wollen.

Den Zweck der Veröffentlichung, deren Plan drei Jahre zurückreicht, faßt die mit dieser Aufgabe betraute Kommission in ihrem Bericht dahin zusammen, „die diplomatischen Schriftstücke, deren Kenntnis zu einer unparteiischen Darstellung des Deutsch-Französischen Krieges und der Umstände, die ihm vorhergegangen sind und ihn vorbereitet haben, unentbehrlich ist, für den Gebrauch der Geschichtsschreiber zusammenzustellen“. Wenn sie dabei den Wunsch ausspricht, daß auch andere Regierungen dem hier gegebenen Beispiel folgen möchten, so zielt sie damit natürlich vor allem auf Deutschland. Die deutsche Regierung hält aber die Schätze der Archive, die außer der Korrespondenz Bismarcks und den Berichten der Gesandten auch die im November 1870 in Cerçay erbeuteten Papiere des französischen Ministers Rouher bewahren, sorgfältig zurück, und es ist wohl kaum zu erwarten, daß sie nun von der bisherigen Übung abzugehen geneigt sein wird.

In längeren Ausführungen spricht sich die Kommission über die Wahl des Ausgangspunktes aus, der natürlich für eine derartige Veröffentlichung nicht allzu weit rückwärts verlegt werden kann; sie geht zurück auf das Jahr 1863, „wo es noch von Frankreich abhing, daß die dänische Frage nicht zur deutschen Frage werde“, und setzt ein mit dem 24. Dezember 1863, „dem Vorabend des Tages, wo England das Zusammentreten einer Konferenz vorschlägt, um den dänisch-deutschen Konflikt zu regeln“.

Diese Wahl kann nicht als glücklich bezeichnet werden; freilich wäre auch mit dem „Patent“ vom 30. März 1863, auf das die Kommission selbst verweist, ein geeigneterer Zeitpunkt nicht getroffen worden. Eine unbefangene Prüfung hätte vielmehr auf den 4. November 1863 führen müssen, auf den Tag, an dem Napoleon den europäischen Mächten einen allgemeinen Kongreß vorschlug, um die gesamten politischen Verhältnisse Europas einer kritischen Erörterung zu unterziehen. Wenn auch nicht bezweifelt werden kann, daß die dänische Frage bei diesem Vorschlag, der unmittelbare praktische Folgen nicht gehabt hat, keine besondere Rolle gespielt hat, so ist doch durch diesen Vorgang die weitere Haltung der französischen Regierung wesentlich beeinflusst worden, die auch nach seiner Ablehnung jedem anderen Vorschlag zur Regelung der dänischen Frage zunächst ihren Kongreß entgegengesetzte und dadurch erheblich dazu beitrug, daß die Dinge lange Zeit hindurch nicht vom Fleck kommen konnten.

Selbstverständlich konnte es nicht die Absicht sein, die sämtlichen Aktenstücke aus der in Frage stehenden Zeit zu veröffentlichen, und die Kommission hat sich denn auch darauf beschränkt, diejenigen auszuwählen, die geeignet schienen, die französische Politik in der deutschen Frage verständlich zu machen. Allerdings lassen sich auch hier ernste Bedenken nicht unterdrücken, da dieser Gesichtspunkt der Willkür weiten Spielraum läßt und jede Möglichkeit fehlt, die Berechtigung der Ausscheidungen nachzuprüfen.

So muß die geringe Zahl von Schriftstücken auffallen, die aus dem diplomatischen Verkehr mit den bei den einzelnen deutschen Mächten beglaubigten Gesandten mitgeteilt werden; von den zweihundertfünfunddreißig Nummern, die der vorliegende erste Band enthält, gehören nur fünfundzwanzig hierher! Und dabei handelt es sich in der Mehrzahl um Berichte der französischen Agenten an ihre Regierung; Auseinandersetzungen diplomatischen Inhalts finden sich hier so gut wie gar nicht. Bemerkenswert ist nur die auffeherregende Note, die die französische Regierung am 4. Januar 1864 — das Datum wird hier authentisch festgelegt, nachdem es bisher verschieden angegeben wurde — an die deutschen Mächte außer Preußen und Österreich richtete und in der das Ergebnis der Londoner Konferenz als „wirkungsloses Werk“ (*œuvre impuissante*) bezeichnet wird; hier spricht sich die Regierung gegenüber den deutschen Einzelstaaten über ihre Politik aus, legt nachdrücklich Wert darauf, daß auch der Deutsche Bund an der zur Schlichtung des dänischen Konflikts geplanten Konferenz teilnehme und macht sogar ihre eigenen Entschlüsse in dieser Frage von denen der deutschen Staaten abhängig: tatsächlich hat Frankreich der Konferenz seine Zustimmung versagt, nachdem sie von den deutschen Staaten abgelehnt worden war.

Außer dieser Note weiß der vorliegende Band aus diesem Verkehr nichts von Bedeutung mitzuteilen. Wenn das damit begründet wird, daß es vom fran-

zöfischen Standpunkt aus unnötig sei, die Politik, die die kleineren deutschen Staaten in der dänischen Frage verfolgt haben, in ihren Einzelheiten kennen zu lernen, so widerspricht dem eben diese Note vom 4. Januar, in der die französische Regierung doch ihre Haltung von der der deutschen Staaten ausdrücklich abhängig macht! Tatsächlich ist die Politik des Bundestages und der deutschen Einzelstaaten nicht von dem geringen Einfluß auf Frankreich gewesen, den die Kommission behauptet, und es darf wohl angenommen werden, daß die französischen Archive hierüber noch mehr enthalten, als die Kommission mitzuteilen für gut befunden hat!

Etwas reicher fließt diese Quelle für die Entwicklung des Verhältnisses zwischen Preußen und Österreich, deren gegenseitige Annäherung von entscheidender Bedeutung für den Gang der Dinge geworden ist. Auch an diesem Punkt zeigt sich wieder, wie wenig glücklich die Wahl des Ausgangspunktes für diese Veröffentlichung ist: denn gerade der Kongreßvorschlag Napoleons war es, der eine völlige Wandlung in der bis dahin bestehenden Gruppierung der Mächte hervorrief. In Wien wurde der Vorschlag, der seine Spitze unmittelbar gegen Österreichkehrte, mit lebhafter Entrüstung aufgenommen, und erst durch ihn konnte hier die Auffassung Boden gewinnen, daß man in der immer brennender werdenden dänischen Frage mit Preußen zusammengehen müsse. Und Österreich hatte schon eine bedeutsame Annäherung an den preußischen Standpunkt vollzogen, als es am 25. Dezember — von diesem Tag stammt die erste hier mitgeteilte Depesche des französischen Gesandten in Wien — an Stelle des Kongresses mit seinen unbeschränkten Verhandlungsgegenständen eine Konferenz vorschlug, auf der die Signatarmächte unter Zuziehung des Deutschen Bundes über die dänische Frage beraten sollten. Denn dieser Vorschlag bewegte sich ganz in der Richtung der Politik Bismarcks, der auch nur einverstanden sein konnte, daß der Vortritt Frankreich vorbehalten bleiben sollte.

Einigermassen anders hatte sich die Lage für Preußen gestaltet, das sich nach seiner bisherigen Vereinsamung nun plötzlich von allen Seiten umworben sah. Und es gehörte ein weitgehender guter Wille Napoleons dazu, die stark an Vorbedingungen geknüpfte, rein formelle Zustimmung Bismarcks zu dem Kongreßvorschlag als Annahmeerklärung aufzufassen und daraus eine außerordentlich freundliche Haltung Preußen gegenüber abzuleiten, die diesem nur willkommen sein konnte. Dadurch ließ sich aber Bismarck in seiner Selbständigkeit nicht beeinträchtigen, er lehnte aufs bestimmteste ab, als Napoleon unter Aufnahme einer früheren Anregung Bismarcks einen „beschränkten“ Kongreß vorschlug.

Von diesem Augenblick an tritt auch in den hier vorliegenden Akten das Zusammenwirken der beiden Mächte immer deutlicher hervor. Am 28. Dezember beantragten Preußen und Österreich beim Bundestag, wo sie sich so oft als Rivalen gegenübergestanden hatten, „Dänemark aufzufordern, die allgemeine Verfassung vom 18. November endgültig zurückzuziehen (die das Einverleiben des Herzogtums Schleswig bestimmte) und ihm zu erklären, daß der Bundestag, geleitet durch das Gefühl für sein Recht und seine Würde, sich im Fall einer Weigerung genötigt fände, die notwendigen Maßregeln zu ergreifen, um sich durch eine militärische Besetzung dieses Herzogtums eine Bürgschaft für Erfüllung seiner gerechten Ansprüche zu verschaffen“. Und die Wirkung konnte nicht ausbleiben, als beide Mächte am gleichen Tage — am 31. Dezember — dem französischen Gesandten erklärten, daß sie gewillt seien, am Londoner Vertrag festzuhalten, daß aber

Dänemark seine Versprechungen von 1851 unverzüglich erfüllen müsse. Sie stimmten also in ihren Forderungen vollkommen überein; wie weit aber trotzdem ihre Auffassung und ihre Absichten noch auseinandergingen, zeigten die zugesetzten Erläuterungen. Ganz bismarckisch war die Bemerkung, daß er Garantien nicht geben könne und sich vorbehalte, „alle Vorteile benutzen zu wollen, die sich für sein Land bieten würden“. Von solch entschiedener Auffassung der Lage war Österreich noch weit entfernt. Graf Rechberg sprach sich nochmals mit Nachdruck für Regelung durch eine Konferenz aus, zu der auch der Deutsche Bund zugezogen werden müsse, da nur durch dessen Fehlen der Londoner Vertrag überhaupt bestritten werden konnte.

Es war aber gar nicht Bismarcks Absicht, die Frage im Sumpf einer Konferenz erstickend zu lassen, und diese Verhandlungen dienten ihm nur dazu, die Mächte zu beschäftigen und sie dadurch von einem unmittelbaren Eingreifen zurückzuhalten. Die Politik des Bundestags, der nicht geneigt war, den von den beiden Großmächten eingeschlagenen Wegen zu folgen, machte es ihm leicht, Österreich immer fester an sich zu binden, da dieses ein erhebliches Interesse daran hatte, daß die Meinung der mittleren und kleineren Staaten im Bund nicht auf Kosten der Großmächte überwiege. So war es nur ein Ausdruck des erzielten vollständigen Einverständnisses, als die beiden Mächte am 16. Januar eine Militärkonvention abschlossen. Ganz in der Auffassung Bismarcks erklärten sie dann gemeinsam, daß die Aufrechterhaltung des status quo sie nicht an der Besetzung Schleswigs hindern könne, die freilich nur eine Zwangsmaßregel sei, um die Erfüllung der Verpflichtungen von 1851, d. h. die Zurücknahme der Verfassung und die Sicherstellung Schleswigs als eines selbständigen und deutschen Landes zu erreichen.

Die volle Einigkeit zwischen Preußen und Österreich gab den übrigen Mächten Veranlassung zur Beunruhigung, da sie glaubten, auf weitergehende Abmachungen schließen zu müssen; besonders verursachte die angebliche Sicherstellung des beiderseitigen Besitzstandes vielfache Erregung, die auch durch die bestimmtesten Erklärungen, deren Vollständigkeit man nicht traute, nicht beseitigt werden konnte. Dazu beigetragen hat wohl auch der Umstand, daß die österreichische Politik offensichtlich ganz unter dem Einfluß der preussischen stand; Rechberg versuchte wohl hier und da, die stets sehr bestimmt gefassten Erklärungen Bismarcks abzuschwächen, sah sich aber immer wieder genötigt, allen seinen Schritten zuzustimmen.

So zeigt auch diese Veröffentlichung Bismarck als den unbestrittenen Meister der Lage, der die gesamten Verhandlungen immer fester in die Hand nahm. Dabei war er sich der Folgen, die diese Vorgänge in der innerdeutschen Politik nach sich ziehen mußten, wohlbewußt, und rückhaltlos gab er seiner abfälligen Beurteilung der Bundesverfassung dem französischen Gesandten gegenüber Ausdruck. Und als dieser bemerkte, daß die Regelung dieser Frage und die Errichtung neuer Grundlagen für Preußen eigentlich wichtiger sei als der gegenwärtige Krieg, stimmte er zu und ließ den festen Entschluß erkennen, „keine Gelegenheit vorübergehen zu lassen, für immer den Widerstand zu brechen, gegen den er bis zu diesem Tage zu kämpfen hatte“. Bemerkenswert ist auch die Randbemerkung, die der französische Minister des Äußeren Drouyn de Lhuys zu dieser Erklärung machte, daß nämlich Frankreich kein Interesse daran habe, „weder die Errichtung neuer Grund-

lagen usw. zu wünschen oder hervorzurufen, noch für immer den Widerstand zu brechen“!

Weitaus die Mehrzahl der in dem vorliegenden Band mitgeteilten Aktenstücke bezieht sich auf die Haltung der übrigen Mächte, von denen England schon um die Mitte des Jahres 1863 unmittelbar eingegriffen hatte, als Lord Palmerston mit der englischen Kriegsmacht drohte, falls Schleswig besetzt und damit Dänemarks Unversehrtheit verletzt würde. Die unmittelbare Folge war natürlich die feste Überzeugung in Dänemark, daß Englands Waffenhilfe sicher sei, und daraus entspringend ein unverhältnismäßig sicheres und selbstbewußtes Auftreten. Wenn auch Lord Palmerston mit seiner deutschfeindlichen Gesinnung in der Folge mehr zurücktrat und die Geschäfte durch den Minister des Auswärtigen, Lord Russell, der mehr auf Erhaltung des Friedens bedacht war, geführt wurden, so blieb doch die Dänemark ermutigende Haltung Englands im wesentlichen dieselbe. Wohl erhob England Vorstellungen bei der dänischen Regierung und wies darauf hin, daß die Verfassung tatsächlich die Einverleibung Schleswigs in sich schließe und daß sich daher die dänische Regierung ins Unrecht setze, wenn sie die Aufhebung nicht zugestehet; diese Vorstellungen wurden aber sogleich wieder abgeschwächt durch die Bemerkung, es bestehe keine Sicherheit, daß Deutschland nicht mit neuen Forderungen hervortrete, wenn diese bewilligt seien. Auch der Vorschlag, daß die vier nichtdeutschen Mächte, die den Londoner Vertrag unterzeichnet hatten, einen Druck auf den Deutschen Bund ausüben und ihm die Verantwortung für den Krieg zuschieben sollten, war nur geeignet, Dänemark den Rücken zu stärken.

So konnte bei den übrigen Mächten die Meinung entstehen, England werde gegebenenfalls zum Schutze Dänemarks zu den Waffen greifen; statt diesen Gerüchten mit einer bestimmten Erklärung entgegenzutreten, gab die englische Regierung ihnen vielmehr immer wieder neue Nahrung durch Äußerungen des Inhalts, sie hoffe, „daß England nicht allein dastehen werde, die Unversehrtheit der dänischen Monarchie zu verteidigen“. Derartige Drohungen gehen durch alle in diesem ersten Band mitgeteilten Aktenstücke hindurch, der denn auch mit einem ähnlichen Akt der englischen Regierung schließt: als die verbündeten Mächte aus militärischen Rücksichten Kolding besetzten und damit auf dänisches Gebiet übertraten, drohte sie abermals mit kriegerischen Maßregeln, mit der Entsendung eines Geschwaders nach Kopenhagen.

Im Gegensatz dazu war Frankreichs Politik von dem dringenden Wunsch beseelt, den Frieden zu erhalten; sie stand aber zunächst noch ganz unter dem Eindruck der Ablehnung des Kongreßvorschlages, den sie nicht so rasch aufgeben zu dürfen glaubte. Sie setzte diesen Plan allen Anregungen entgegen, die Krise durch eine Konferenz der Signatarmächte zu lösen; das unbegrenzte Programm des Kongresses, der natürlich im letzten Grund dazu dienen sollte, Frankreich für die erlittene diplomatische Schlappe zu entschädigen, biete viel mehr Möglichkeiten, befriedigende Ausgleichs zu schaffen. Die französische Regierung konnte freilich einer solchen nach Verhandlungsgegenständen und Teilnehmerzahl begrenzten Konferenz nicht gut zustimmen, ohne gegenüber den Mächten, die den Kongreß angenommen hatten, für eine Konferenz aber nicht in Frage kamen, in eine mißliche Lage zu geraten. Dieses nachhaltige Widerstreben Frankreichs trug wesentlich dazu bei, daß die Bemühungen, den Konflikt friedlich zu schlichten, so lange erfolglos

blieben, und daß sie erst dann größere Aussicht auf Verwirklichung zu gewinnen schienen, als es bereits zu spät war. Eine führende Rolle hat es infolgedessen in den Vermittlungsverhandlungen nicht zu spielen vermocht, hat sie vielmehr der geschäftigen Tätigkeit des englischen Kabinetts überlassen müssen. Daß sie dessen Plänen zu folgen sich geneigt zeigte, verhütete die zwischen beiden Regierungen bestehende Verstimmung. Anders wie England verlegte daher Frankreich den Schauplatz seiner vermittelnden Tätigkeit nach Kopenhagen, wo es immer wieder zur Zurücknahme der Verfassung und zu weitgehendem Entgegenkommen riet. Die französische Regierung ließ sich auch durch die englischen Kriegsdrohungen und Vorschläge, die ein Heranziehen der Signatarmächte bezweckten, nicht fortreißen und blieb gleichmäßig darauf bedacht, nicht in den Konflikt verwickelt zu werden, bei dem Frankreich in seiner kontinentalen Lage wesentlich mehr hätte aufs Spiel setzen müssen als England.

Besondere Aufmerksamkeit verdient auch das Bild, das die hier mitgeteilten Aktenstücke von dem Verhältnis zwischen Frankreich und Preußen geben. Frankreich hatte schon einige Zeit vorher Preußen gegenüber eine besonders freundliche Haltung eingenommen und ihm zu nachdrücklichem Vorgehen in der dänischen Frage geraten; es suchte eben an Preußen einen Bundesgenossen gegen Österreich und England. Diese Wendung der französischen Politik mußte Preußen schon mit Rücksicht auf die gesamte politische Lage willkommen sein, und es wies die Annäherung nicht zurück, ohne freilich besondere Reigung für sie zu empfinden; mehr als unverbindliche Aufmerksamkeiten gab daher die preukische Regierung auf die Liebenswürdigkeiten Frankreichs nicht zurück, und einem unmittelbaren Hinweis auf die Möglichkeit und die Vorteile eines Bündnisses begegnete sie mit einer ausweichenden Antwort. Mit wachsendem Mißtrauen verfolgte Frankreich die Besserung der Beziehungen zwischen Preußen und Österreich, die seine Hoffnung, schließlich die eine Macht gegen die andere zu gebrauchen, zu vernichten schien. Auch hier zeigte sich wieder die gewaltige diplomatische Überlegenheit Bismarcks, der jede Veränderung der politischen Lage zu seinen Gunsten auszunutzen wußte. Daß in ihm der Mann erstanden war, der die Kraft und den Mut hatte, der gesamten europäischen Politik die Wege zu weisen, und der entschlossen war, an eine gründliche Lösung der deutschen Frage heranzutreten — das ist der Eindruck, mit dem man den ersten Band dieser bedeutsamen Veröffentlichung aus der Hand legt, ein Eindruck, den die folgenden Bände werden erweitern und vertiefen müssen!



Der junge Platen

Von W. Schönebohm = Schöneberg



Seit dem Erscheinen der Tagebücher des Grafen August v. Platen ist das Interesse für diesen von seinen Zeitgenossen und auch später verkannten und von seinen nächsten Angehörigen nicht verstandenen Dichter lebhafter geworden. Die Tagebücher erst gewährten uns einen tieferen Einblick in seine problematische Natur. Inzwischen ist uns ja nun auch seine eigenartige Veranlagung, die wie ein Fluch auf seinem Leben